

Zur Diskussion um die Notkredite der griechischen Zentralbank für griechische Banken

[Martin Hellwig](#), 11. Juli 2015

Der Kollaps des griechischen Banksystems, der angesichts der gekappten Hilfe durch die EZB nicht mehr ausgeschlossen werden kann, hätte verheerende Folgen, wie dieser Beitrag zeigt.

Nach dem "Nein" im griechischen Referendum sind alle gespannt, wie es weitergehen wird.^[1] Vielleicht passiert gar nicht viel. Die griechische Regierung bekommt kein neues Geld, aber so viel braucht sie ja gar nicht, denn der größte Teil der neuen "Hilfen" würde dazu dienen, die alten "Hilfen" zurückzubezahlen. Wenn die nicht bezahlt werden, so wird man lernen, was seit der lateinamerikanischen Krise der 1980er Jahre jeder wissen sollte: Ohne Gerichtsvollzieher fällt es schwer, Schulden einzutreiben.

Die eigentliche Frage ist, wie die EZB sich verhält. Jens Weidmann und Hans-Werner Sinn fordern schon lange, die Notkredite für griechische Banken zu beenden. Warum hat die EZB die Notkredite jetzt nur eingefroren und nicht gleich ganz beendet?

Jedoch ist schon das Einfrieren der Notkredite fragwürdig. Nach dem europäischen Vertrag hat die EZB die Aufgabe, das "reibungslose Funktionieren der Zahlungssysteme zu fördern" und das in allen Mitgliedstaaten, auch in Griechenland. Das Einfrieren der Notkredite hatte die Schließung der griechischen Banken und massive Einschränkungen des Zahlungsverkehrs zur Folge. Das ist nicht mit den vertraglichen Pflichten der EZB vereinbar.

Fehlgeleiteter Kollektivvorwurf

"Aber die Griechen halten sich doch auch nicht an den Vertrag!" Das ist ein unzulässiger Kollektivvorwurf. Statt von "die Griechen" zu reden, müssen wir unterscheiden zwischen der griechischen Regierung, den griechischen Geschäftsbanken und der griechischen Zentralbank. Die griechische Regierung will sich nicht an geschlossene Verträge halten, wohlgermerkt, an Kreditverträge. Ist das ein Grund, die griechischen Banken in Kollektivhaft zu nehmen? Schließlich haben wir seit 2014 die europäische Bankenunion, in der die Banken nicht mehr der nationalen Aufsicht, sondern der EZB unterstehen.

"Aber das Geld der EZB geht von den Banken weiter an die Regierung und unterstützt den Vertragsbruch!" Diese Aussage ist falsch. Das Geld kommt nicht von der EZB, sondern von der griechischen Zentralbank. Diese haftet für etwaige Verluste. Aussagen des ifo-Instituts, dass sie das gar nicht kann, beruhen auf falschen Annahmen. Auch dient das Geld nicht dazu, den griechischen Staat zu finanzieren, sondern das Wegbrechen der Kundeneinlagen zu kompensieren. Anderslautende Behauptungen stehen im Widerspruch zu den Zahlen. Im Übrigen hat die EZB als Aufsichtsbehörde den griechischen Banken untersagt, ihre Staatskredite auszuweiten, ein erstes Beispiel dafür, dass die Bankenunion die Verbindung von Staaten und Banken auflöst.

Notkredite bei einem Sturm auf die Banken gehören zu den Kernaufgaben einer Zentralbank. Banken finanzieren sich kurzfristig durch Kundeneinlagen, und vergeben mittel- bis

langfristige Kredite. Wenn die Einleger in Panik kommen und ihre Gelder abziehen, sind die Banken schutzlos. Entweder hilft dann die Zentralbank, oder es kommt zu einer Krise, die die Wirtschaft insgesamt in Mitleidenschaft zieht.

Erinnerung an das Deutschland von 1931

Die Bilder der vergangenen Woche aus Griechenland erinnern an Bilder aus Deutschland 1931. Am 9. Juli 1931 hörte die Reichsbank auf, die deutschen Banken weiter zu unterstützen. Es folgte ein Kundenansturm auf die Banken. Am 13. Juli musste die Danatbank schließen. Am 14. und 15. Juli gab es staatlich verordnete "Bankfeiertage" für alle Banken, danach drei Wochen eingeschränkten Zahlungsverkehr. In der Folge brach die Wirtschaftstätigkeit noch einmal um 20 Prozent ein, auf 60 Prozent des Niveaus vor 1929, und die Beschäftigung ging um weitere zwei Millionen zurück.

Auch für Griechenland ist nach der Bankenschließung Schlimmes zu befürchten. Wenn die griechische Wirtschaft kollabiert, muss die Regierung nach Alternativen suchen, nachgeben gegenüber den Gläubigern oder aus dem Euro austreten.

Die Erfahrungen der 1930er Jahre waren ein Grund für die massiven Staatshilfen 2008. Um o befremdlicher ist es, dass die EZB nunmehr den griechischen Banken die weitere Unterstützung versagt. Für die Wirtschaft eines Landes ist die Zerstörung des Banksystems und der Zahlungsverkehr so etwas wie die Zündung einer Atombombe. Die Schäden sind unübersehbar. Schon die Drohung hat ein großes Erpressungspotential. Das kann sich unter Umständen auch gegen Deutschland richten. Für unser Land und unsere Demokratie wäre das viel gefährlicher als die möglichen Verluste, über die die Kritiker der EZB sich heute aufregen.

"Aber die griechischen Banken sind doch insolvent!" Als Hans-Werner Sinn diesen Einwand im Februar erstmals erhob, war er sachlich falsch. Die griechischen Banken hatten noch 2013 viel neues Eigenkapital aufgenommen und waren gut durch die Prüfung der EZB gekommen. Recht bald schon dürfte die Aussage zutreffen, denn, wenn das Zahlungssystem kollabiert, können Unternehmen, deren Kunden kein Geld haben, ihre Kredite nicht mehr bedienen, und das lässt die Banken kaputt gehen.

Nach den Regeln der EZB können nur solvente Banken Kredite von der Zentralbank bekommen. Dadurch will die Zentralbank sich vor Verlusten schützen. Aber wäre es 1931 nicht besser gewesen, die Reichsbank hätte den Geschäftsbanken weiter Kredite gegeben, auch der erkennbar insolventen Danatbank? Die Kosten der Krise für Deutschland waren so groß, dass die Antwort auf diese Frage leicht fallen sollte. Damals allerdings musste die Reichsbank ihre Unterstützung beenden, weil ihr die für die Deckung der Währung erforderlichen Gold- und Devisenbestände ausgingen.

Die Regel, nur an solvente Banken Geld zu verleihen, stammt aus der Zeit, als die Zentralbanken jederzeit bereit sein mussten, ihre Banknoten gegen Gold oder Devisen einzulösen. Die Sorge um ihre Gold- und Devisenbestände und die Furcht vor einem Run veranlassten sie zu besonderer Vorsicht. Diese Vorsicht verhinderte eine angemessene Geldpolitik in der Weltwirtschaftskrise.

Inzwischen haben wir ein reines Papiergeld, ohne jegliche Einlöschungspflicht. Zentralbanken können das Geldsystem und das Banksystem ohne Sorge um die eigene Handlungsfähigkeit unterstützen. Sollte da nicht die im EU-Vertrag gesetzte Verantwortung für die

Funktionsfähigkeit der Zahlungssysteme Vorrang haben vor einer internen Regel der EZB, die auf die Zeit des Goldstandards zurückgeht und nicht durch den Vertrag gedeckt ist?

- ¹ Dieser Beitrag ist erstmals am 9. Juli 2015 unter dem Titel [EZB erpresst Griechen](#) in der taz erschienen.

©KOF ETH Zürich, 11. Jul. 2015